

Protokoll Nr. 1/2016 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 18. Januar 2016, um 14:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Beigeordneter Helmut Möhle
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglieder WBV-Fraktion:

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Ausschussmitglied Erika Lach

Mitglieder Gruppe UWG/Grüne:

Beigeordneter Michael von den Berg
Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis - *ab TOP 4.1*

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung:

Julia Muth - Pressesprecherin/ Fachbereich 13

Insa Rogel - Fachbereich 13

Heike Hansemann - Leiterin Rechnungsprüfungsamt

Jörg Valnion - Fachbereichsleitung 20

Torben Müller - Fachbereich 20

Protokollführung:

Protokollführerin Nicole Libera-Matull - Fachbereich 20

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.12.2015
- 4 Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 Verschmelzung der "Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH" auf die "Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH" **3/2016**
 - 4.2 Stabilisierungsvereinbarung des Landes Niedersachsen mit der Stadt Wilhelmshaven **9/2016**
 - 4.3 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **5/2016**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:
 - 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **6/2016**
- 6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung: - keine -
- 7 Mitteilungen und Anfragen:
 - 7.1 Steuern und Finanzausgleich im Haushaltsjahr 2015
 - 7.2 öffentliche Zustellung von Bescheiden

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.12.2015

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.12.2015 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Verschmelzung der "Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH" auf die "Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH" **3/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Auf Anfrage von **Herrn Prof. Reuter**, ob es Zielrichtung des vorliegenden Beschlusses sei, die Anzahl der Gesellschaften zu reduzieren, erläuterte **Herr Oberbürgermeister Wagner**, dass mit diesem Beschluss die nach dem Verkauf des Krematoriums quasi nur noch als Leerhülle bestehende Gesellschaft eliminiert werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Verschmelzung der „Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH“ auf die „Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH“ im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme im Sinne des Umwandlungsgesetzes zu.

4.2 Stabilisierungsvereinbarung des Landes Niedersachsen mit der Stadt Wilhelmshaven **9/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Wagner führte kurz aus, dass der vorliegende Entwurf den mit dem Land Niedersachsen bzw. dem Innenministerium besprochenen Stand wider gebe. Die Vereinbarung beinhalte die bisher hierzu vom Rat gefassten Beschlüsse.

Herr von den Berg erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen der Vorlage nicht zustimmen werde, da man u. a. durch diese Vereinbarung die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit der Stadt eingeschränkt sehe und auch der Auffassung sei, dass die aus der Vereinbarung resultierenden Folgen nicht ausreichend diskutiert worden seien.

Im Anschluss hieran ergab sich ein kurzer Meinungsaustausch, an dem sich die **Herren Becker, Debring, Föhlinger, Hellwig** und **Prof. Reuter** beteiligten. Konsens bestand darin, dass - unabhängig von der Stabilisierungshilfe - die Stadt zu einer soliden Haushaltsführung verpflichtet sei und die Stabilisierungshilfe zu einer Entlastung der Haushaltslage und damit in Folge zu einer Entlastung der Bürger/innen führe. Fragen nach den Vorschlägen der Grünen blieben unbeantwortet.

Im Anschluss hieran ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über die Vorlage abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat stimmt der „Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen, vertreten durch den Minister für Inneres und Sport, und der Stadt Wilhelmshaven, vertreten durch den Oberbürgermeister, zur Erreichung einer Haushaltsstabilisierung“ in der vorgelegten Fassung zu. Soweit seitens des Landes Niedersachsen redaktionelle Änderungen des Vertrages gewünscht werden, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, diesen zuzustimmen, sofern sie den wesentlichen Vertragsinhalt nicht tangieren.

4.3 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat

5/2016

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/Bad Lauterberg	14.700,00 €	Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Lektüre für den Altenhilfe-Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss**6/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Firma Gebr. Leffers GmbH & Co. KG Wilhelmshaven	300,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven
2. Soroptimist Club Wilhelmshaven	500,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven
3. Frau Renate Haugke, Johann-Janßen-Ring 21, 26384 Wilhelmshaven	112,50 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven
<i>(Fortsetzung nächste Seite)</i>		
4. Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Herr Christian Ernst, Rüstersieler Str. 45, 26386 Wilhelmshaven	868,70 €	Sachspende an die Stadt Wilhelmshaven: Lieferung von 2 Tischkickern für die Notunterkunft
5. Bäckerei Kempe, Mitscherlichstr. 29a, 26382 Wilhelmshaven	1.000,00 €	Sachspende an die Stadt Wilhelmshaven: Lieferung von Kuchen an die Bewohner der Notunterkunft

6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

- Keine -

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Steuern und Finanzausgleich im Haushaltsjahr 2015

Herr Müller gab einen kurzen Sachstandsbericht im Hinblick auf die Steuern und den Finanzausgleich im Haushaltsjahr 2015, Hierbei ging er zunächst auf die durch Steuern sowie den Finanzausgleich insgesamt in 2015 generierten Erträge des Kernhaushaltes ein. Im Anschluss gab **Herr Müller** einen Überblick über den Bereich der Gemeindesteuern, die Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes/ die Verbundsteuern sowie den Finanzausgleich. Im Weiteren legte **Herr Müller** die Entwicklung der Gemeindesteuern, der Verbundsteuern und der Gewerbesteuerumlage sowie des Finanzausgleichs ab 2012 sowie im Haushaltsjahr 2015 einschließlich der Veranschlagung für das Haushaltsjahr 2016 dar. Abschließend gab **Herr Müller** einen kurzen Ausblick auf die erwartete Entwicklung der Steuern und des Finanzausgleichs.

Die Vortragspräsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

7.2 öffentliche Zustellung von Bescheiden

Auf Anfrage von **Herrn Prof. Reuter** nach dem Hintergrund öffentlicher Zustellungen erklärte **Herr Stoffers**, dass eine öffentliche Zustellung in den Fällen erfolge, in denen die Anschrift des Bescheidadressaten unbekannt bzw. nicht sofort feststellbar sei. **Herr Valnion** ergänzte, dass für die Geltendmachung einer Forderung Voraussetzung die Zustellung des Bescheides sei. Mittels der öffentlichen Zustellung werde der Bescheid fiktiv zugestellt, so dass im Anschluss weitere Maßnahmen zur Geltendmachung bzw. Beitreibung der Forderung in die Wege geleitet werden können. Hierbei werde natürlich auch der Ermittlungsaufwand ins Verhältnis zur Höhe der Forderung gestellt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 14:40 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Libera-Matull
Protokollführerin